

Leitantrag zur 33. Landeskonferenz der Jungen Union Berlin

Die Landeskonferenz der Jungen Union Berlin beschließt:

1 Startschuss Berlin 2021

2 Wir wollen die rot-rot-grüne Regierung bei den nächsten Wahlen zum Berliner
3 Abgeordnetenhaus mit einer starken, selbstbewussten und breit aufgestellten CDU
4 ablösen. Seit der herben und sicherlich auch nicht unverdienten Niederlage bei der
5 letzten Wahl 2016 ist einiges passiert in der Berliner CDU, eine personelle
6 Neuaufstellung ist weitgehend erfolgt, die inhaltliche Erneuerung im Gange. Mit einer
7 derart gut aufgestellten und hoch motivierten CDU werden wir eine überzeugende
8 Alternative zum desaströsen Erscheinungsbild des derzeitigen Senates bieten!

9

10 Berlin wird schlecht regiert. Im Tagesrhythmus beschäftigt sich die Stadt mit den Folgen
11 des Versagens des rot-rot-grünen Senats. Ob es die verheerende Lage an den Berliner
12 Schulen, die katastrophale Lage am Berliner Wohnungsmarkt, eine skandalös schlecht
13 ausgestattete Berliner Feuerwehr oder die einer Hauptstadt unwürdige
14 Verkehrsinfrastruktur ist – dass irgendetwas gelingt, ist in unserer Stadt mittlerweile
15 kaum noch zu erwarten. Gerade junge Menschen wie wir müssen den Eindruck
16 gewinnen, dass diese Landesregierung Politik nicht für, sondern gegen sie macht.

17 Folgende Punkte sind aus unserer Sicht für eine erfolgreiche Regierungsübernahme
18 unabdingbar:

19 I. Spitzenkandidatur bis Sommer 2019 per Mitgliederentscheid klären – 20 geschlossen hinter unserem Spitzenkandidaten für 2021!

21 Die CDU Berlin sollte bis Spätsommer 2019 die offene Frage der Spitzenkandidatur für
22 die Berlin-Wahl 2021 durch eine Befragung aller ihrer Mitglieder entscheiden. Die
23 Kandidaten sollen ihr Interesse zuvor öffentlich machen und sich sodann dem Votum
24 der Parteimitglieder stellen. Wir brauchen möglichst früh ein klares personelles
25 Angebot mit einer oder einem Kandidatin/en für das Amt des Regierenden
26 Bürgermeisters für die Wahl 2021. Die ungeklärte Frage nach unserem personellen

27 Alternativangebot zum lustlosen und überforderten Michael Müller führt dazu, dass wir
28 als CDU Berlin von den schlechten Umfragewerten des rot-rot-grünen Senates bisher
29 kaum profitieren konnten. Daher muss diese Frage schnell und verbindlich geklärt
30 werden, damit sich unser Kandidat für 2021 in Position bringen kann.

31 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass gerade in Großstädten der persönliche
32 Kandidatenfaktor einen besonders hohen Anteil am Wahlerfolg einer Partei haben kann.
33 Daher können wir es uns nicht leisten, diese drängende Frage weitere zwei Jahre
34 ungeklärt zu lassen und so auch in der öffentlichen Wahrnehmung ohne
35 Identifikationsfigur dazustehen. Der Vorlauf von zwei Jahren zur Wahl ermöglicht es,
36 dass unser Kandidat für Berlin zur „Marke“ reifen und sich so zu einer glaubwürdigen
37 Personalalternative entwickeln kann. Das Verfahren der Kandidatenkür per
38 Mitgliederentscheid sichert dabei höchste Legitimation durch die Parteibasis und eine
39 breite Akzeptanz unter allen Kreisverbänden und Vereinigungen.

40 **II. CDU im nächsten Senat nur mit dem Bildungsressort!**

41 Die CDU Berlin muss aus unserer Sicht eine mögliche Senatsbeteiligung in der
42 kommenden Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses davon abhängig machen, dass
43 sie künftig den Senator für Bildung stellt und damit die Verantwortung für dieses
44 Zukunftsressort übernimmt. Die SPD trägt seit 1996 die Verantwortung für die
45 Bildungspolitik und damit die Bildungsmisere in unserer Stadt. Mindestens ebenso lange
46 lässt sie sich immer neue Reformen einfallen und verkauft diese in erschreckender
47 Regelmäßigkeit als innovative Ideen. Wiederkehrende Strukturdebatten und -
48 veränderungen führen immer wieder unter enormen Einsatz von Haushaltsmitteln zu
49 Stagnation und Rückschritt statt zu Fortschritt. Große Probleme, die einer Lösung
50 bedurften, wurden andererseits jahrelang ignoriert. Das hatte zur Folge, dass unsere
51 Schulen überfüllt und marode, zahlreiche Lehrerstellen unbesetzt sind. „Richtig“
52 ausgebildete Lehrer sind an Berlins Schulen bald in der Unterzahl. Digitalisierung findet
53 überall statt, nur nicht im Klassenraum.

54 Wir sind in Deutschland bildungsqualitatives Schlusslicht; das muss sich ändern!
55 Bildung ist seit jeher eine der Kernkompetenzen der CDU, gerade auch in Berlin. Viele
56 Berlinerinnen und Berliner wünschen sich seit langem einen Kurswechsel in der

57 Schulpolitik. Wir müssen daher bereits vor der nächsten Wahl klarmachen, dass wir
58 bereit sind, auch hier Verantwortung und die Federführung zu übernehmen.

59 **III. Klare Absage an Extremisten – Keine Zusammenarbeit der CDU mit Linkspartei** 60 **und AfD**

61 Die Diskussion über mögliche Koalitionen der CDU mit der Linkspartei verfolgen wir mit
62 Befremden. Gerade hier in Berlin sind die Folgen der gewaltsamen deutschen Teilung
63 noch vielerorts sehr spürbar, die Generationen unserer Eltern und Großeltern haben
64 vielfach entweder im ehemaligen Ostteil der Stadt unter der SED-Diktatur gelitten oder
65 im Westteil zumindest unter der Teilung unserer Stadt.

66 Vor diesem Hintergrund ist die Vorstellung geradezu absurd, die CDU als die Partei der
67 Deutschen Einheit könnte Koalitionen mit der SED-Fortsetzungspartei, der Partei von
68 Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl, eingehen. Davon abgesehen, kann es eine solche
69 Koalition auch schon mangels inhaltlicher Schnittmengen gar nicht geben. Die
70 Linkspartei ist eine erklärtermaßen sozialistische Partei, ihrer gesamten Ideologie liegt
71 ein vollkommen anderes Menschenbild zugrunde, als das der Christlich-Demokratischen
72 Union. Die CDU steht für Demokratie und Grundgesetz, die Linkspartei strebt ein
73 anderes Staatssystem an.

74 Daher muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Union auch und gerade in
75 Berlin eine Koalition mit der Linkspartei unmissverständlich ausschließt.

76 Ebenso gilt dies für die AfD, hinsichtlich der sich die Koalitionsfrage aus unserer Sicht
77 genauso wenig stellt. Eine Partei, die es nicht schafft oder schaffen will, sich klar und
78 glaubhaft von Fremdenhass, Rassismus, Antisemitismus und sonstigen rechtsextremen
79 Strömungen abzugrenzen, kann für die CDU noch nicht einmal Gesprächspartner sein!